

## **Bausteine für die Initiative „Mehr MigrantInnen ins Lehramt und in soziale Berufe!“**

Trotz der alltäglichen Präsenz von MigrantInnen in allen Lebensbereichen haben sie an den Möglichkeiten und Leistungen, an den Rechten und auch Pflichten nicht in dem Maße teil, wie es einer heterogenen Gesellschaft anstünde. Ihre besonderen Kompetenzen und Qualifikationen erfahren nicht die Anerkennung, die ihnen zukommt, und werden weder ausreichend gefordert noch gefördert. Dies wird besonders im Bildungs- und Ausbildungssystem deutlich, wo Schülerinnen und Schüler mit Migrationsbiographie mehrheitlich benachteiligt sind. Die Durchschnittsklasse in unseren Schulen ist von großer Vielfalt der Herkunft der Schülerinnen und Schüler geprägt. Deshalb sollte auch der Lehrkörper eine ebensolche Vielfalt aufweisen. Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationsbiographie können nicht nur Kindern aus Migrantenfamilien bei schulischen und häuslichen Problemen vermittelnd zur Seite stehen. Sie nehmen eine Vorbildfunktion ein und können jungen Menschen – nicht nur ihrer Herkunftsgruppen – vermitteln, dass es lohnt, sich um Bildung, Ausbildung und Integration in die Gesellschaft zu bemühen.

Wir brauchen dringend interkulturelle Lehrkörper und Sozialteams. Deshalb müssen Migrantinnen und Migranten in besonderer Weise angesprochen werden, sich für einen Berufsweg im Lehramt oder im sozialen Bereich zu entscheiden. Und natürlich sei darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich ohnehin ein Fachkräftemangel zu bewältigen ist.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hatte am 3. März 2009 mit vielen ExpertInnen unterschiedlicher Fachrichtungen, Institutionen, Einrichtungen und MigrantInnen unter dem Titel „Mehr MigrantInnen ins Lehramt und in soziale Berufe – Wie attraktiv müssen Ausbildung und Zugänge gestaltet sein?“ die Thematik erörtert. Dabei wurden folgende Bausteine formuliert, die in die weitere Beratung eingehen sollen, um dieses Ziel zu erreichen.

### **1. Beherrschen der deutschen Sprache fördern**

Sicherheit in der deutschen Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für Erfolg in Schule, Hochschule und Beruf. Deshalb muss es in den Schulen mehr Angebote an Deutsch-Förderunterricht geben, in den Hochschulen mehr Lehrveranstaltungen im deutschen Spracherwerb, insbesondere auch mit fachsprachlichen Kursen. Projekte wie die „Schreibwerkstatt Wissenschaftssprache für Bildungsinländer nicht-deutscher Muttersprache“ bieten gute Ansatzpunkte.

### **2. Mehrsprachigkeit unterstützen und anerkennen**

Wer mehrere Sprachen spricht, hat in vielen Bereichen mehr Chancen. Die Mehrsprachigkeit von MigrantInnen darf deshalb nicht abgewertet, sondern soll als Qualifikationsmerkmal anerkannt und gefördert werden. Deshalb soll die Beherrschung von Herkunftssprachen in der Schule mehr gefördert werden. Kompetenzen in den Herkunftssprachen der Migrantengruppen werden in Zukunft immer häufiger zu Problemlösungen und zur Bewältigung von Herausforderungen beitragen.

### **3. Die Eltern mitnehmen**

Schule allein genügt nicht, das Zuhause muss mitmachen. Deshalb soll in den Klassen- und Schulleiterschaften in besonderer Weise auf MigrantInnen zugegangen werden, um mögliche Barrieren zum Schulalltag abzubauen. Gezielte Ansprache,

herkunftssprachliche Informationsblätter und aktive Einbeziehung in Schulprojekte können geeignete Maßnahmen sein.

#### **4. Lehramt und soziale Berufe mehr wertschätzen**

In jedem Berufsfeld wird im Allgemeinen um ein gutes Image in der Gesellschaft geworben, und fast alle Studiengänge werben um Studierende. Lehramt und soziale Berufe jedoch haben hier noch Nachholbedarf. Obwohl diese Berufe in unserer Gesellschaft ganz entscheidende Verantwortung für das Bildungsniveau, aber auch für den sozialen Zusammenhalt tragen, ist das Bewusstsein darüber nicht besonders stark entwickelt. Wenn mehr MigrantInnen diese Berufe ergreifen sollen, muss sich daran etwas ändern, und auch Angehörige der Lehr- und Sozialberufe deutscher Herkunft würden von einem besseren Image profitieren. Dafür ist auch der Abbau von Barrieren wichtig, wie zum Beispiel Nachwirkungen eigener negativer Schulerfahrungen oder eben die Unsicherheit in der deutschen Sprache.

#### **5. Überarbeitung des Hochschulzugangs und der Curricula bei der Reakkreditierung von Studiengängen**

Mit der Novellierung des Bremischen Hochschulzulassungsgesetzes ist nicht mehr nur die Abiturdurchschnittsnote entscheidend, sondern auch andere Kriterien können herangezogen werden. Dies sind u. a. gute Fremdsprachenkenntnisse, vor allem im Englischen. Die Neuregelung wirft Fragen nach dem Stellenwert von Sprachkompetenzen in den wichtigsten Migrantensprachen auf. Es ist zu überlegen, ob auch gute Kenntnisse einer Herkunftssprache wie Russisch, Türkisch oder Arabisch für bestimmte Berufsfelder sinnvoll und damit für die Zulassung zu den entsprechenden Studiengängen relevant sein könnten. Diese spezifischen Fähigkeiten sowie die Einführung und Weiterentwicklung interkultureller Module in den Studienverlauf sollten bei der Reakkreditierung von Studiengängen ebenfalls berücksichtigt werden.

#### **6. Im Ausland erworbene Abschlüsse anerkennen**

Viele MigrantInnen haben einen pädagogischen Abschluss im Ausland erworben. Häufig jedoch wird ihre Qualifikation nicht anerkannt, weshalb sie deutlich unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten oder arbeitslos sind. Das ist nicht akzeptabel. Es müssen Wege gefunden werden, wie diese Abschlüsse ganz oder wenigstens in Teilen anerkannt werden können. Ein Vorbild könnte der Studiengang „Interkulturelle Bildung und Beratung“ an der Universität Oldenburg sein. AbsolventInnen dieses Studiengangs haben – nach allen Erfahrungen – hervorragende Jobchancen.

#### **7. Die Erfahrungen anderer nutzen**

Wir müssen nicht immer das Rad neu erfinden. „Best Practice“-Beispiele anderer Bundesländer sollen hinsichtlich einer möglichen Übertragbarkeit auf das Land Bremen ausgewertet werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Initiative „Migranten machen Schule“ aus Stuttgart. Aber es gibt auch in anderen EU-Ländern Initiativen und Projekte, die mit einer Vielfalt unterschiedlicher Ansätze an die Thematik herangehen. Ein Blick über den Tellerrand kann uns nur nützen.

#### **8. Abbau von Benachteiligung bei gleicher Qualifikation**

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbietet Benachteiligung unter anderem aus Gründen der Herkunft. Tradierte Strukturen, die zur Ausgrenzung von MigrantInnen führen, müssen aufgebrochen werden.